

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 24.04.2023

Aufnahmestopp: München fordert Zuzugssperre für Flüchtlinge

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister setzt sich gegenüber der Staatsregierung für eine unbefristete Zuzugssperre für Flüchtlinge in München ein.

Der Oberbürgermeister fordert die Bundesregierung schriftlich dazu auf, endlich umfassende Anstrengungen zu unternehmen, die Massenzuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland zu unterbinden.

Begründung:

Im vergangenen Jahr hat Deutschland über 1 Million ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen.¹ Dazu kamen, nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, weitere 217.774 Migranten, überwiegend aus dem Nahen Osten, die zwischen Januar und Dezember 2022 einen Asylerstantrag in der Bundesrepublik stellten.²

Für 2023 muss eine weitere Intensivierung der Migration nach Deutschland befürchtet werden. Besonders auf der Mittelmeerroute haben sich die europäischen Zugangszahlen von Bootsflüchtlingen seit Januar derart intensiviert, dass sich die italienische Regierung jüngst genötigt sah für 6 Monate einen landesweiten Ausnahmezustand zu verhängen.³ In Deutschland verzeichnet man derzeit 1.000 Asylanträge pro Tag, ein Anstieg um 74 % zum Vorjahr! Hochgerechnet muss folglich mit weiteren 350.000 Migranten bis zum Jahresende gerechnet werden.⁴

Es verwundert nicht, dass vor diesem Hintergrund der Widerstand gegen die überbordende Migration nach Deutschland wächst. Jüngsten Umfragen zu Folge halten es rund 60 % der Deutschen nicht mehr für möglich weitere Flüchtlinge aufzunehmen und fast die Hälfte fordert eine Einschränkung des Asylrechts.⁵ Auch zahlreiche Kommunen wehren sich gegen die zunehmende Überlastung ihrer Gemeinden. Große mediale Aufmerksamkeit fand etwa ein überparteilicher Brandbrief mehrerer Bürgermeister an Bundeskanzler Scholz. In dem, einem Offenbarungseid gleichkommenden, Schreiben, forderte man den aktuellen Zustrom an Migranten zu steuern und zu begrenzen. So habe sich die Lage am Wohnungsmarkt durch die Zuwanderer bereits massiv verschärft. Des Weiteren finde man auch kaum

¹ Vgl. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/02/PD23_N010_12411.html.

² Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/asylantraege-2022-anstieg-100.html>.

³ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/migration-bootsfluechtlinge-italien-notstand-100.html>.

⁴ Vgl. https://www.focus.de/politik/focus-online-schwerpunkt-jeden-tag-1000-neue-fluechtlinge-in-deutschland-wir-schaffen-das-nicht-mehr_id_190086620.html.

⁵ Vgl. <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/umfrage-zu-fluechtlingen/>.

noch geeignetes Personal für die Verwaltung, um die mit der Zuwanderung verbundenen zusätzlichen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen zu können.⁶

Auch München leidet bereits jetzt unter dem enormen Zuzug. Egal ob bei steigenden Mietpreisen, Kriminalitätszahlen oder der Belastung der städtischen Verwaltung, die Auswirkungen sind mannigfaltig. So verwundert es nicht, dass sich auch hier zunehmend Widerstand formiert, etwa gegen die neuen Containersiedlungen für Flüchtlinge in den städtischen Randgebieten von Bogenhausen und Allach. Es wird Zeit für die Stadtregierung entschieden gegenzusteuern, bevor sich die Lage im Laufe der nächsten Monate erwartbar weiter zuspitzen wird.

Die Landeshauptstadt München muss daher analog zu früheren Fällen, bspw. in den Gemeinden Salzgitter (2017) und Pirmasens (2018), gegenüber der Staatsregierung die Verhängung einer Zuzugssperre für Flüchtlinge einfordern. Dort konnten entsprechende Zuzugsstops einen positiven Beitrag zur Integration und zum Zusammenhalt der Stadtgesellschaft leisten.⁷

Des Weiteren erscheint es angebracht, dass sich der Oberbürgermeister, gegenüber der SPD-geführten Bundesregierung dafür einsetzt, endlich umfassend gegen die überbordende Asylzuwanderung nach Deutschland vorzugehen. Als Vertreter der größten deutschen Kommune die kein eigenes Bundesland bildet, kann München hier ein starkes Signal setzen, von dem auch andere, noch dramatischer betroffene Gemeinden in der Bundesrepublik, profitieren können.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträte

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

⁶ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article243531165/Brandbrief-an-Olaf-Scholz-Begrenzen-Siedlen-Zustrom-an-Fluechtlingen.html>.

⁷ Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/ein-jahr-zuzugsstopp-in-salzgitter-weniger-fluechtlinge-100.html>.